

Digitalisierung

Für die Zivilgesellschaft eine Hilfe, eine Bedrohung, eine Aufgabe?

»Speaking about the civil society in the era of digitalization, it should be understood that this is, first of all, a network society, and without understanding this type of society it is pointless to talk about new forms of civil society. The network society was considered a well-studied object of research by the early 2000s, however today the radical acceleration of ICT and other processes are connected with digital information-network revolution involving artificial intelligence, the possibility of which was not even thought about 20 years ago.«¹

I.

Als sich in den 1980er Jahren, zunächst zaghaft, dann aber immer stärker die digitale und kommunikative Transformation entfaltete, wurde sie von der Zivilgesellschaft überwiegend als Chance begrüßt. Im Mittelpunkt stand, daß digitale Kommunikation es auch kleinen Organisationen ermöglichen würde, ohne große Kosten Mitteilungen zu verbreiten, ohne daß diese von einem *gatekeeper*, also einer Zwischeninstanz, einem Redakteur oder sonst jemandem blockiert werden konnten, was sie meist auch wurden. Angesichts der – bis heute andauernden – Resistenz der klassischen Medien gegen eine kritische und kontinuierliche mediale Begleitung der Zivilgesellschaft bedeutete dies einen qualitativen Sprung. Immer weniger konnten selbst autoritäre Regierungen verhindern, daß Meldungen, die ihnen nicht paßten, im In- und Ausland verbreitet wurden. Heute ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, daß wir zeitgleich über die sozialen Medien erfahren, wenn in Rußland oder Ägypten, der Türkei oder der Ukraine, Hongkong oder Chile, Iran oder Belarus Bürgerinnen und Bürger gegen ihre Regierung agieren. Als ausdifferenzierte, heterogene, aber durchaus

¹ Irina Aseeva / Vladimir Budanov: *Digitalization: potential risks for civil society*. Economic Annals-XXI 2020, 186(11-12), 36-47. doi: <https://doi.org/10.21003/ea.V186-05>

als solche faßbare Arena hat die Zivilgesellschaft dadurch an Sichtbarkeit, Kohärenz und gesellschaftlicher Relevanz gewonnen – auch in den liberalen Demokratien Westeuropas, wo zivilgesellschaftliches Handeln gern als nett, aber nicht wichtig eingestuft wird. Die klassischen Medien sahen sich unversehens in einem Wettbewerb. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß die von den Akteuren selbst genutzten sozialen Medien intensiv verfolgt wurden und Vergleiche in der Berichterstattung zuließen. So erfuhr ganz Europa, was sich in Minsk abspielte oder als sich in London Menschen zur größten pro-europäischen Demonstration versammelten, die jemals in Europa stattgefunden hat – allerdings auch, daß zivilgesellschaftliche Gruppen wie Pegida in Deutschland europafeindliche Demonstrationen veranstalteten und zeitweise großen Zulauf hatten. Wenn wir uns heute besser über das informieren können, was jenseits der politischen Mächte in der Gesellschaft – und insbesondere in der Zivilgesellschaft – vorgeht, verdanken wir das zu einem nicht geringen Teil der Digitalisierung. Die Quellenangaben zu diesem Beitrag zeigen, daß Digitalisierung auch für die Arbeit von Think Tanks unverzichtbar geworden ist. Eine Arbeitsgruppe des *Institut français du monde associatif* (IFMA) zum europäischen Vereinswesen mit Teilnehmern aus ganz Europa könnte schon wegen der Kosten gar nicht arbeiten, wenn dies nicht online möglich wäre. Die von der ZGO *Whose Knowledge?* geleitete *Community Knowledge Sharing Initiative* verfolgte, um ein anderes Beispiel heraufzugreifen, das Ziel

»... to build and document a model that can be used, refined, and adapted...to address systemic bias [within Wikipedia and other knowledge repositories] in partnership with marginalized communities«. ²

An dem Pilotprojekt waren Gruppen in Bosnien-Herzegovina und Indien beteiligt ³.

Nordkorea ist wohl inzwischen das einzige Land der Erde, das bis heute seine Bürgerinnen und Bürger (fast) vollständig davon abschotten konnte. Überall sonst aber hat digitale Kommunikation die Zivilgesellschaft gestärkt. Aber natürlich ist das nicht die ganze Geschichte. Vielmehr haben sich an vielen anderen, teils stark, teils aber auch kaum beachteten Stellen weitere Berührungspunkte der Zivilgesellschaft mit der Digitalisierung ergeben, die das Leben und Wirken im bürgerschaftlichen Raum verändern. Eines ist sicher: Entziehen kann sich der Digitalisierung, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, keine zivilgesellschaftliche Bewegung, Organisation oder Institution. Einige Beispiele mögen diese These im folgenden begründen. Sie können naturgemäß bei weitem keinen Anspruch auf Repräsentativität oder gar Vollständigkeit erheben!

² *WhoseKnowledge?,Grants:Project/WhoseKnowledge / Whose Knowledge? / Final* (10.VIII.21), https://meta.wikimedia.org/wiki/Grants:Project/Whose_Knowledge/Whose_Knowledge%3F/Final

³ Robert Coldicutt / Anna Williams Dominique Barron: *A Constellation of Possible Futures: The Civil Society Observatory Discovery Report*, London: Careful Industries <http://careful.industries/foresight-observatory/discovery-report> 2021, S. 18

II.

Im Digitalrat, den Bundeskanzlerin Angela Merkel einrichtete, fehlt die Stimme der Zivilgesellschaft vollständig⁴. Dabei ist die Digitalisierung in Hunderttausenden von zivilgesellschaftlichen Unternehmungen, die sich von der in Wirtschaftsbetrieben nicht prinzipiell unterscheidet, ein für die Gesellschaft insgesamt überaus wichtiges Thema und vielfach eine Herausforderung. Der Staat hinkt hier notorisch und auch in der Praxis hinterher – man denke nur an die 7-fach für jede und jeden Corona-Geimpfte(n) auf Papier geleisteten Arzt-Unterschriften, die es dennoch nicht erlauben, präzise Angaben über die Zahl der Geimpften zu machen. Kaum ein Verein aber, und sei er noch so klein, kommt heute ohne ein digital geführtes Mitgliederverzeichnis aus; kaum ein Vereinsvorsitzender lädt heute noch mit einem Postbrief zur Mitgliederversammlung. Die im Frühjahr 2020 unter dem Eindruck von Corona vom deutschen Gesetzgeber verfügte Erlaubnis, Mitgliederversammlungen digital abzuhalten und dort wirksam Beschlüsse zu fassen⁵, war nur deswegen sinnvoll, weil die Vereine mehrheitlich tatsächlich in der Lage waren, sie umzusetzen. Die Arbeit der meisten Vereine und Stiftungen wäre in der Tat vollständig zum Erliegen gekommen, wenn diese keine digitalen Instrumente zur Verfügung gehabt hätten – von E-Mail und Twitter über Zoom-Konferenzen bis zum Home Office mit VPN-Anschluß. Wenn im Bundesfinanzministerium die Pläne heranreifen, auch das System der Zuwendungsbestätigungen vollständig auf ›digital‹ umzustellen, so ist dies nur möglich, weil den zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) zugemutet werden kann, das zu vollziehen. In anderen europäischen Ländern ist dies ähnlich. Der digitale Primus, Estland, ist auch hier meilenweit voraus. Aber es funktioniert auch europaweit oder zumindest in der Europäischen Union. Wer eine deutsche ZGO auch in den Niederlanden registrieren will, braucht nicht hinzufahren – sie machen das digital. Hinfahren müssen auch die Teilnehmer zu europäischen zivilgesellschaftlichen Zusammenkünften seltener als früher. Ihre notorisch knappen finanziellen Ressourcen werden weniger belastet, der europäische Austausch und die europäische Verabredung aber gleichzeitig wesentlich gestärkt. Dadurch können auch Positionen auf europäischer Ebene besser erarbeitet, verabschiedet und verbreitet werden. Die europäische Zivilgesellschaft wächst dadurch zusammen. Daß gerade der deutsche Staat – im Gegensatz zur Europäischen Union und zahlreichen europäischen Staaten – diese Entwicklung nach wie vor weitgehend ignoriert, kann nur erstaunen. Ein Erklärungsansatz

⁴ Anna Wohlfarth: Digitale Zivilgesellschaft fördern – Wie Politik und Verwaltung die Digitalisierung des Dritten Sektors unterstützen können. Berlin: Stiftung Neue Verantwortung 2020, S. 3 u. 14 f.

⁵ Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht v. 27. März 2020, zuletzt durch Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (GesRGenRCOVMMV) vom 20.10.2020 bis 31.08.2022 (BGBl I 2020, 2258).

könnte die auch anderen Stellen zutage tretende Furcht vor einem Ende der traditionellen Parteiendemokratie sein. In der gegenwärtigen Glaubwürdigkeitskrise dieser Form von demokratischer Politik steht Partizipation als Gegenmittel vielfach hoch im Kurs, ein Gegenmittel, das dank Digitalisierung eine erheblich größere Wirksamkeit entfalten kann⁶.

III.

Gerade diese Wirksamkeit wird mit dem Argument kritisiert, die breitenwirksame Kommunikation über digitale Plattformen könne durch kalkulierte Eskalation zur Krise der Demokratie beitragen⁷. Dem begegnet der Staat kaum argumentativ, sondern vor allem mit seinem konventionellen Instrumentarium von Regulierung, Kontrollen und Ausbremsung. Einige Einschränkungen gibt es also doch.

Zum einen ist die digitale Infrastruktur in Deutschland keineswegs überall bedarfsgerecht ausgebaut. Vor allem im ländlichen Raum bestehen zum Teil erhebliche Lücken, unter denen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und ZGO gleichermaßen zu leiden haben. Zum anderen, und dies hat sich in der Corona-Krise überdeutlich gezeigt, fehlen vielen ZGO die Mittel, um sich digital so aufstellen zu können, wie dies unter den neuen Bedingungen notwendig wäre. Eine im IV. Quartal 2020 am Maecenata Institut durchgeführte Untersuchung zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Zivilgesellschaft erbrachte bspw. das Ergebnis, daß 35 – 45 % aller befragten Organisationen auf eine mangelhafte digitale Ausstattung hinwiesen – erstaunlicherweise am stärksten die Dienstleistungsorganisationen, am wenigsten die in der Themenanwaltschaft, politischen Mitgestaltung und Gemeinschaftsbildung tätigen. Fehlendes eigenes digitales Know-How wurde dagegen ziemlich einheitlich von rd. 46 % aller Befragten beklagt; 50 % forderten finanzielle Hilfen für die Verbesserung ihrer Digitalisierung⁸. Es verwundert nicht, daß eine von ZIVIZ etwa zeitgleich durchgeführte Untersuchung zu dem Ergebnis kam, daß zwar die Mehrheit der Akteure der Zivilgesellschaft die Potenziale digitaler Anwendung für den gemeinnützigen Bereich erkennt, daß sich aber die Aneignung und Vermittlung von entsprechendem Know-How sowie die Anschaffung von Ausstattung als Kernherausforderungen darstellen⁹. Flavius Caba-Maria u.a. verweisen dazu auf folgende Erkenntnis, die auf die Zivilgesellschaft ebenso zutrifft:

⁶ Vgl. Justus Goldmann: Politische Partizipation durch neue Medien - (wie) verändert sie unsere Demokratie? Schwalbach: Wochenschau 2022

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. Malte Schrader: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie - Bedarfe – Angebote – Potenziale. Berlin: Maecenata 2021 (Opusculum Nr. 149)

⁹ Kai Hoff / David Kuhn / Birthe Tamaz: Digital durch die Krise - Digitalisierungsschub der Zivilgesellschaft als Chance und Herausforderung neuen Engagements. Essen : Stifterverband 2021 (Policy Paper Ausgabe 04)

»In the COVID-19 pandemic, many trends already underway in the global economy are just moving forward faster. This is especially the case of digitalization.«¹⁰

Daher ist die leider nur schwach formulierte Forderung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. September 2020 hoch aktuell:

»The EESC calls for policies that further embed a digital economy incorporating our societal values, thus ensuring that a digital wellbeing economy is as inclusive as possible, allowing workers, consumers, SMEs, large companies and non-profit economic actors to benefit alike, especially in rural areas.«¹¹

Daß sie mit der Formulierung non-profit economic actors nur die zivilgesellschaftlichen Dienstleister anspricht, ist erstaunlich, aber im Hinblick auf deren besonders ausgeprägte Nöte (s.o.) durchaus relevant. Nicht überall im Gefüge der Europäischen Union wird dies freilich so eng gesehen. Die *Eastern Partnership Civil Society Facility*, ein Programm der Europäischen Kommission, schreibt schon seit einigen Jahren einen *Civil Society Digitalisation Award* aus, den 2020 die Organisation Donor.MD Platform aus Moldawien gewann, 2019 die SaveUs Charity Platform aus Belarus¹², beide ebenso wie frühere Gewinner gewiß keine non-profit economic actors.

IV.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind aber nicht nur (potenzielle) Nutzer der Digitalisierung; sie sind nicht selten auch deren Opfer. Einerseits macht der Mißbrauch der digitalen Kommunikation durch antidemokratische und populistische Organisationen der Zivilgesellschaft zu schaffen. Unerlaubte Zugriffe auf Webseiten »unliebsamer« Akteure mit dem Ziel ihrer Zerstörung oder ihrer »Anreicherung« mit gefälschten Informationen (*fake news*) gehören inzwischen zum ständig genutzten Instrumentenkasten von Gegnern einer internationalen offenen Gesellschaft. Keinesfalls läßt sich deren Anwendung auf bestimmte außereuropäische und europäische Regierungen einschränken.

Auch durch den (in der Praxis extrem seltenen) Mißbrauch zivilgesellschaftlicher Strukturen im Zusammenhang mit Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung (AMLCFT) nimmt die Reputation der Zivilgesellschaft insgesamt nicht unerheblichen Schaden. Daraus folgt zudem oft allzuschnell eine enge Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten, Finanzbehörden und Finanzdienstleistungsunternehmen, die erhebliche – und oft kaum im einzelnen erkennbare – negative Folgen für die Akteure haben

¹⁰ Flavius Caba-Maria / Răzvan Munteanu / Julia Akhunova: *Digitalisation and Civil Society. Evolutions Post-Coronavirus*. Bucharest: Middle East Political and Economic Institute 2020, S. 39

¹¹ <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/digitalisation-and-sustainability-status-quo-and-need-action-civil-society-perspective-exploratory-opinion-request> (27.X. 2021)

¹² Vgl. <https://eapcivilsociety.eu/hackathons/civil-society-digitalisation-award> (27. X. 2021)

kann. In ganz Europa führen beispielsweise die von Finanzdienstleistern praktizierten De-Risking-Strategien zu Erschwernissen in der täglichen Praxis. Wem das über die begrüßenswerte Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche hinaus möglicherweise gut zupaß kommt, kann dahinstehen.

Schließlich machen Verunglimpfungen in öffentlichen Reden (»Empörungsindustrie«, »Mitleidsindustrie« und dergl.) dank digitaler Kommunikation schnell die Runde und führen zu Beeinträchtigungen zivilgesellschaftlicher Arbeit. Hinzu tritt die über digitale soziale Medien allzu leichte Verbreitung von Hass- und Hetzparolen, die sich nicht selten gegen zivilgesellschaftliche Aktivisten richten, verbunden mit erheblichen Schwierigkeiten der Verfolgung, zumal hier wie generell in der digitalisierten Welt nationale Grenzen und damit korrespondierende Rechtssysteme eine dramatisch abnehmende Rolle spielen. »Das neue Hatespeech-Gesetz soll Tätern den Schutz der Anonymität nehmen. Doch Staatsanwälte sind auf Mitteilungen der sozialen Netzwerke angewiesen. Das erschwert die Ermittlungen,« titelte die Süddeutsche Zeitung am 20. April 2021¹³. Wenn Fake-News und Hate-Speech digital verbreitet werden, geht dies darüber hinaus die Zivilgesellschaft insgesamt etwas an. Es erscheint dringend geboten, auch in Europa darüber nachzudenken, wo der Handlungsraum der Zivilgesellschaft durch die Digitalisierung oder den Umgang damit unzulässig beschränkt wird – bis hin zu der Frage, ob dadurch Menschen- und Bürgerrechte gefährdet sind oder die Entwicklung der Herrschaft des Rechts und der Demokratie behindert wird.

Nicht unerhebliche Reibungsflächen ergeben sich schließlich durch Digitalisierung für die Zusammenarbeit auf einem Gebiet, wo diese unabdingbar notwendig ist: der humanitären Hilfe, die von zahlreichen europäischen ZGO weltweit geleistet wird. Regierungen und vor allem intergouvernementale Organisationen haben sich hier die Digitalisierung in vielfältiger Weise zunutze gemacht, nicht zuletzt zur Identifizierung von geflüchteten Menschen, die oft keine Identitätspapiere vorweisen können oder wollen. Möglich wäre hierbei sehr wohl eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber sie findet zu wenig statt. Überdies werden nicht selten Grundprinzipien der Menschenwürde und informationellen Selbstbestimmung verletzt, was die ZGO vor schwerwiegende Probleme des Selbstverständnisses stellt. Millionen von Menschen sind heute in Systemen wie PRIMES (*Population Registration and Identity Management EcoSystem*), MIDAS (*Migration Information and Data Analysis System*) und anderen mit generischen Merkmalen erfaßt. Wem diese zugänglich sind, bleibt oft unklar.¹⁴

¹³ <https://www.sueddeutsche.de/politik/hatespeech-gesetz-ermittler-hindernisse-1.5270936> (27. X. 2021)

¹⁴ S. hierzu ausführlich: Karl Steinacker / Volker Schimmel: Know Your Customer – Wie Digitalisierung humanitäre Hilfe verändert; in: Michael Heuser / Tarek Abdelalem (Hrsg.): Internationale Herausforderungen humanitärer NGOs. Berlin: Springer Gabler 2021, S. 107-132

V.

Eine Reflexion über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Zivilgesellschaft wäre unvollständig, ohne Überlegungen anzustellen, wo hier möglicherweise Aufgaben auf die Zivilgesellschaft zukommen. Angesichts der Tatsache, daß heute (2019) weltweit 4 Milliarden Menschen das Internet nutzen (2009: 1 Milliarde)¹⁵, muß sich die Zivilgesellschaft mit dieser gesellschaftlichen Herausforderung auch inhaltlich auseinandersetzen, wenn sie sich nicht in die Marginalisierung zurückziehen oder in diese verbannt werden will, in der sie manche Gegner gerne hätten. Diese Aufgaben liegen zunächst sehr wohl in der Wahrnehmung berechtigter digitaler Interessen. Zunehmend können diese nur auf europäischer Ebene wahrgenommen werden. Man denke nur daran, daß die Datenschutzgrundverordnung und die Geldwäscherichtlinien europäisches Gemeinschaftsrecht darstellen. Zu dieser Wahrnehmung gehört auch der Kampf um faire Nutzungsbedingungen, andererseits aber auch die Verpflichtung, sich auf die Digitalisierung einzulassen und sie sich optimal zunutze zu machen. Bei genauer Betrachtung ist hier durchaus Luft nach oben erkennbar. Relativ viele ZGO beschäftigen sich dagegen bereits mit Bildungsangeboten zum Thema Digitalisierung. Auch digitale Spenderplattformen und weitere Fundraisingangebote sind schon im Angebot oder in der Entwicklung.

Über die letzten Jahrzehnte sind der Zivilgesellschaft aber auch Mitgestaltungs- sowie Wächteraufgaben (*watchdog*) in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zugewachsen.

»The politics and diplomacy of the states prove so many times insufficient, inadequate and outdated in the management of major issues of general interest. Bilateral relations have made progress even in the current difficult geopolitical conditions, and non-governmental diplomacy has demonstrated its ability to function and achieve results.«¹⁶

Die moderne Gesellschaft erwartet geradezu, daß sich die Zivilgesellschaft aufmerksam beobachtend, mahnend, mitgestaltend und, wo notwendig, protestierend mit gesellschaftlichen Entwicklungen, Prozessen und Erscheinungsformen auseinandersetzt. Warum also nicht mit der Digitalisierung, einem Thema, bei dem Vertrauen und Mißtrauen eine besonders große Rolle spielen? Hier gilt in besonderem Maße:

»Public trust is the currency of the nonprofit sector. The public's belief that nonprofits will ›do the right thing‹ is one of the central reasons the sector exists. Communities have relied upon nonprofits to provide trusted sources of information...«¹⁷

Schließlich muß sich die Zivilgesellschaft aber auch mit einer Frage auseinandersetzen, die bisher nur wenig ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist. Großen internationalen

¹⁵ Quelle: ITU: *Global Statistics on Internet Access 2020*; Zit. Nach Kossow a.a.O., S. 1

¹⁶ Caba-Maria et al. a.a.O., S. 40

¹⁷ Independent Sector (ed.): *Trust in Civil Society. Understanding the factors driving trust in nonprofits and philanthropy*. Washington D.C.: Independent Sector 2021, S. 4

Wirtschaftsunternehmen ist es im Zuge der Digitalisierung nicht nur gelungen, eine Quasi-Monopolstellung zu erobern und zum Schaden eines wünschenswerten Pluralismus die Nutzung digitaler Angebote ihren eigenen Regeln zu unterwerfen. Sie haben darüber hinaus einen Schatz von persönlichen Daten über Millionen von europäischen (und anderen) Bürgerinnen und Bürgern angesammelt und vermehren diesen unablässig. Diese Daten bilden erhebliche Vermögenswerte, die in aller Regel kostenfrei erworben werden. Nicht nur wird über jeden, der ein Smartphone mit sich herumträgt, irgendwo ein lückenloses Itinerar gespeichert. Jeder Klick auf eine Accept-Taste bei der – stets lästigen – Frage zu Cookies und dergl. vermehrt diesen Schatz. Jeder Nutzer begibt sich damit wichtiger Eigentumsrechte an höchstpersönlichen, für die Werbung und für vieles andere, nicht zuletzt staatliche Überwachung, aber hochinteressanten Daten. »Cookie-Banner werden von Tech-Konzernen missbraucht«, titelte im Oktober 2021 die Frankfurter Allgemeine Zeitung¹⁸. Der Autor deutet eine Lösungsidee an, die in Großbritannien bereits zu einem Konzept entwickelt ist: ZGO sollen als Datentreuhänder fungieren, um den Datenmißbrauch zu verhindern oder zumindest einzudämmen. Das an der Universität Cambridge entwickelte Projekt verfolgt einen partizipativen, nicht gewinn-orientierten und öffentlich verantwortlichen Ansatz, bei dem gemeinnützige (*charitable*) Treuhänder (*trusts*) eine zentrale Aufgabe übernehmen¹⁹. Nicht ganz unähnlich, aber weniger explizit und zivilgesellschaftsbezogen erscheint der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine *Regulation of the European Parliament and of the Council on European data governance (Data Governance Act)*, wenn dort von »Datenaltruismus« gesprochen wird²⁰. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuß hat diesem Punkt in seiner Resolution vom 18. September 2020 einen eigenen Punkt gewidmet: *developing a strategic EU data governance policy, including new legislation for »public data trusts«*.²¹ Es kann also gut sein, daß hier im Rahmen von Digitalisierung der Zivilgesellschaft ein ganz neues Aufgabenfeld zuwächst, das sich gut an die traditionelle Aufgabe des Schutzes von Menschen- und Bürgerrechten anfügt.

¹⁸ Justus Bender: Cookie-Banner werden von Tech-Konzernen missbraucht; in FAZ, 23. Oktober 2021: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/politiker-kritisieren-cookie-banner-im-internet-17598138.html?premium=0x28f5128db04b6c0ac342ecd229b12fbf&GEPC=s5> (25.X.21)

¹⁹ Data Trusts Initiative (ed.): *Data trusts: From Theory to Practice*. Working Paper 1 2020: <https://static1.squarespace.com/static/5e3b09f0b754a35dcb4111ce/t/5fdb21f9537b3a6ff2315429/1608196603713/Working+Paper+1+-+data+trusts+-+from+theory+to+practice.pdf> (26.X.21)

²⁰ <https://wayback.archive-it.org/12090/20210728140404/https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020PC0767> (27.X.21)

²¹ <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/digitalisation-and-sustainability-status-quo-and-need-action-civil-society-perspective-exploratory-opinion-request> (27. X. 2021)

VI.

»ICT supports the work of civil society in advancing a society based on ethical universalism and thus helps create control of corruption. They thus support the function of civil society as a motor of modernisation and as a bedrock of free societies.«²²

Interessanterweise wirft die Digitalisierung nicht nur ein Licht auf anstehende Herausforderungen, denen sich die Zivilgesellschaft stellen muß und kann, sondern auch auf viel größere Zusammenhänge der Aufgabenverteilung, des Wechselspiels und der Konfrontation zwischen den großen Arenen der Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, dem Markt und dem Staat.

»Eine starke Zivilgesellschaft braucht auch eine starke Einbindung in politische Willensbildungsprozesse. Hilfreich dafür wären mehr Transparenz über politische Prozesse und öffentliche Daten, verbesserte Konsultationsverfahren sowie mehr Expert:innen aus dem Dritten Sektor in beratenden Gremien. Zu lange fristeten netzpolitisch engagierte Akteure ein Nischendasein. Für eine gewinnbringende Zusammenarbeit ist es zentral, sich gegenseitig in Lern- und Austauschräumen auf Augenhöhe zu begegnen und sich gemeinsam auf die Suche nach Ideen für einen sozialen und ökologischen digitalen Wandel zu machen.«²³

Unter den Bedingungen der digitalen Revolution machen die Autoren einer OECD-Studie vier Szenarien für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Raums auf²⁴. Dabei legen sie die Annahme zugrunde, daß in einer Zeit, in der der physische bürgerschaftliche Raum global schrumpft, die digitale Transformation einen neuen virtuellen Raum eröffnet hat. Die OECD stellt ihnen das folgende Zitat voran:

»The international community needs to understand the rapidly evolving digital landscape and make the connection to civic space issues, including to future threats.«²⁵

Die Szenarien sind:

1. Der bürgerschaftliche Raum bricht zusammen.
2. Der bürgerschaftliche Raum erblüht.

²² Niklas Kossow: *Digitizing Collective Action: How Digital Technologies Support Civil Society's Struggle against Corruption*. Berlin: Hertie School of Governance (doctoral thesis) 2020, S. 49 https://opus4.kobv.de/opus4-hsog/frontdoor/deliver/index/docId/3702/file/Dissertation_Kossow.pdf

(ICT = information and communication technology)

²³ Wohlfarth, a.a.O., S. 4

²⁴ OECD (ed.): *Digital Transformation and the Futures of Civic Space to 2030*

²⁵ Thomas Carothers & Saskia Brechenmacher: *Defending Civic Space: Is the international community stuck?* Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2019

3. Der bürgerschaftliche Raum transformiert sich.
4. Der bürgerschaftliche Raum bricht auseinander.

Es lohnt sich, diese Szenarien genauer anzusehen, um daraus Empfehlungen für das eigene Handeln in der Zivilgesellschaft abzuleiten.

Autor

Dr. Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung, München/Berlin und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Die Stiftung ist der deutsche Partner im Netzwerk Transnational Giving Europe.

Weitere Informationen: <http://www.strachwitz.info/de/>

<https://www.maecenata.eu/person/strachwitz-rupert/>

Kontakt: rs@maecenata.eu

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de